

Finanzierung

Wir kosten Geld!

Die Wissenschaftsminister von Bund und Ländern streiten sich um die Finanzierung der Hochschulen.

Von **Jan Martin Wiarda**

19. Oktober 2006 / Quelle: DIE ZEIT, 19.10.2006 Nr. 43

AUS DER ZEIT NR. 43/2006



Wenn Professor Andrä Wolter keine Lust auf lange Erklärungen hat, wirft er einfach mit dem Beamer diese Abbildung an die Wand. Da strecken sich dann zwei Kurven im Licht: Die eine beschreibt erst eine leichte Aufwärtsbewegung, dann fällt sie ab. Das ist die Zahl der deutschen Studienanfänger, wie sie die Kultusminister für die Jahre nach 1980 erwartet hatten. Darüber liegt eine zweite Kurve. Sie steigt erst an, geht leicht zurück – und macht danach einen steilen Knick nach oben. Das ist die Zahl der Studienanfänger, wie sie sich tatsächlich entwickelt hat. Die Lücke klafft gewaltig. Am Ende der Kurven, im Jahr 2003, beträgt sie mehr als 100000 Studienplätze – pro Studienjahr. Da ist sie, die ganze Misere der deutschen Hochschulpolitik in einem Bild. »In den Siebzigern haben die Politiker gedacht, sie könnten einen Studentenberg, den sie für vorübergehend hielten, untertunneln, indem sie einfach gar nichts tun«, sagt Wolter, der für das Hochschul-Informationssystem forscht. »Doch der vermeintliche Studentenberg war nur das Voralpenland für das, was kommen sollte.« BILD Studentenberg: Wir wollen Geld!

Für das, was jetzt kommt: Die Kultusministerkonferenz (KMK) rechnet bis 2013 mit 700000 zusätzlichen Studenten, das entspricht einem Zuwachs von 35 Prozent gegenüber 2006. Dabei liegen, wie Wolters Grafiken zeigen, die Studentenzahlen schon heute um rund ein Drittel höher, als vor 20 Jahren prognostiziert – während die Hochschulen mit Ressourcen auskommen müssen, die den veralteten Schätzungen entsprechen. Die Folgen fürs internationale Image des Wissenschaftsstandortes Deutschland waren schon nach der ersten Fehlplanung verheerend, und lange sah es so aus, als wollten Bund und Länder sich erneut wegducken vor der Verantwortung. Doch jetzt keimt Hoffnung. Die Verhandlungen um den »Hochschulpakt 2020« sollen endlich mehr Geld ins System bringen – falls es für die Rettungsaktion nicht

schon zu spät ist. »Die Zeit ist bereits knapp, um Studienplätze geordnet aufzubauen«, sagt Detlef Müller-Böling vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE).

Der skandalöse Irrtum der Kultusminister, der die Hochschulen in den Achtzigern zum Bersten brachte, beruhte auf einer wesentlichen Fehlannahme. Die Prognosen berücksichtigten nur die niedriger werdende Geburtenrate, die auf Dauer zu einer sinkenden Studentenzahl hätte führen sollen. Dass aber gleichzeitig die Studierneigung unter den jungen Menschen nach oben schnellte und die demografische Entwicklung überkompensierte, hatten die Minister nicht erwartet. Der neue Studentenberg, von Müller-Böling hoffnungsfroh als »Studierendenhoch« bezeichnet, ist umso dramatischer, weil diesmal alle beteiligten Faktoren in dieselbe Richtung – Expansion – zeigen: Da sind die Kinder der Babyboomer, die bald in die Hörsäle drängen, dazu kommt in vielen Bundesländern die Schulzeitverkürzung auf 12 Jahre, die um das Jahr 2012 doppelte Abiturjahrgänge produziert, und schließlich erwarten die Statistiker noch mehr Studienanfänger pro Altersjahrgang. Der heftigste Wunschtraum der deutschen Hochschulpolitik, mit einer Studienanfängerquote von über 40 Prozent endlich Anschluss an den Rest der OECD-Welt zu finden, könnte sich als finanzieller Albtraum erweisen: Der Wissenschaftsrat beziffert die Kosten für noch einmal 90000 zusätzliche Erstsemester auf bis zu 2,3 Milliarden Euro jährlich.

Bleibt die Finanzspritze aus, könnte auch die KMK mit ihren Prognosen erneut danebenliegen, diesmal allerdings auf noch gefährlichere Weise: Schon jetzt stagniert die Zahl der Studienanfänger entgegen den Erwartungen der Minister, seit sich die Hochschulen mit einem fast flächendeckenden Numerus clausus gegen den Ansturm zur Wehr setzen. Eine neue Lücke droht aufzureißen: die Lücke zwischen den jungen Menschen, die studieren wollen und es theoretisch dürften, und jenen, die tatsächlich einen Studienplatz ergattern können. »Ich bin skeptisch, ob wir auf 2,7 Millionen Studierende kommen werden«, sagt Andrä Wolter. »Das hat aber nichts mit einer an sich abnehmenden Studierneigung zu tun, sondern mit dem zurückgehenden Studienplatzangebot.«

Viele Landespolitiker erkennen die Gefahr, dass der erwartete Studentenberg auf diese Weise in sich zusammenkrachen könnte, mit verheerenden Folgen für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit. »Wir alle wissen doch, dass wir einen enormen Nachholbedarf haben beim Anteil hoch qualifizierter Hochschulabsolventen«, sagt Nordrhein-Westfalens Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP).

Das Pikante an den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern ist, dass es sie überhaupt gibt. Außer der schon länger unstrittigen Vollkostenfinanzierung

von Projekten der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die mit rund 700 Millionen Euro zu Buche schlagen soll, will Berlin bis 2010 als Teil des geplanten Hochschulpaktes 565 Millionen Euro für mehr Hochschullehrer bereitstellen, kündigte Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) vergangene Woche an – und geht damit immerhin über die bislang genannten 300 Millionen Euro hinaus. Die zusätzlichen 265 Millionen wolle sie durch Einsparungen in ihrem regulären Etat erreichen, versprach Schavan. Noch vor einem Jahr, erschien eine solche finanzielle Beteiligung des Bundes an Kosten der Lehre verfassungsrechtlich undenkbar, hatten ihn die Länder doch gerade mit viel Getöse aus der Hochschulfinanzierung vertrieben. Inzwischen nehmen kurioserweise gleich mehrere Wissenschaftsminister für sich in Anspruch, die Föderalismusreform in letzter Minute entschärft und den Bund wieder ins Boot geholt zu haben. Sie haben erkannt, dass sie die gewaltige Aufgabe nicht allein schultern können. Dennoch: die 565 Millionen Euro des Bundes, die um noch mal 565 Millionen Euro der Länder ergänzt werden sollen, decken bislang nur einen Bruchteil der Mehrkosten ab, laut HRK zehn Prozent der pro Jahr benötigten Summe.

Das Geschacher ist eröffnet: Die Länder, die noch vor Jahresfrist ihre »gesteigerte gesamtstaatliche Verantwortung für das Bildungswesen« gefeiert haben, verweisen auf den Bund. »Wenn Berlin bereit ist, mehr Geld zu geben, legen wir die gleiche Summe obendrauf«, sagt Pinkwart. Doch Schavan sagte vergangene Woche deutlich, mehr Geld sei derzeit nicht drin, obgleich sie für die Zukunft »zuversichtlich« sei. Was also, wenn der Bund kein zusätzliches Geld springen lässt? Noch drücken sich Pinkwart und die meisten seiner Kollegen um eine Antwort. Allein Baden-Württemberg hat vergangene Woche einen Plan vorgestellt, der bis 2012 16000 neue Studienanfängerplätze im Land schaffen soll. Wissenschaftsminister Peter Frankenberg (CDU) fordert denn auch die anderen Minister auf, sich nicht allein auf den Pakt zu verlassen.

Doch die streiten lieber um einen fairen Schlüssel bei der Verteilung der Bundesmittel. Sie sollen als Anreiz in die Einrichtung neuer Studienplätze fließen. Käme es zu diesem Verfahren, würden die Südländer, vor allem Bayern, doppelt profitieren. Zum einen erhält der forschungsstarke Freistaat einen großen Teil der DFG-Millionen, was an den Hochschulen zusätzliche Gelder für die Lehre frei macht. Zum anderen hat Bayern im Gegensatz etwa zu den neuen Bundesländern einen extremen Nachholbedarf bei der Zahl der Studienkapazitäten, das CHE beziffert die Zahl der fehlenden Studienanfängerplätze im Jahr 2011, dem Jahr der doppelten Abiturjahrgänge, auf über 29000. Bayern könnte sich also den Ausbau, den ärmere Bundesländer mit eigenen Mitteln gestemmt haben, durch den Hochschulpakt fremdfinanzieren lassen, mit der widersinnigen Konsequenz, dass Studienplätze in den neuen Bundesländern möglicherweise abgebaut würden.

»Das darf so nicht kommen«, sagt HRK-Präsidentin Margret Wintermantel.
»Das widerspräche jeder volkswirtschaftlichen Vernunft. Bayern wird das einsehen.«

Was sich nach einem frommen Wunsch anhört, will Jürgen Zöllner (SPD) nicht so recht glauben. Der rheinland-pfälzische Minister fordert seit Monaten, ernst zu machen mit einem Vorteilsausgleich zwischen den Bundesländern. Sein Modell nach Schweizer Vorbild sieht vor, dass diejenigen Bundesländer, die über ihrem eigenen Bedarf ausbilden, Geld bekommen von den Ländern, die nicht genügend Studienplätze vorhalten. »Nur so kriegen wir die nötigen Anreize und den daraus resultierenden Wettbewerb«, sagt Zöllner, dessen Ansatz im Wesentlichen Vorschlägen des CHE und der Arbeitgeberverbände entspricht. Natürlich brauche die Einrichtung eines solchen Ausgleichssystems Zeit, doch wenn sich die Minister bereits jetzt darauf verständigten, könnten auch die Sofortmaßnahmen des Hochschulpaktes die Zustimmung derjenigen Länder finden, die dabei schon jetzt überdurchschnittlich viele Studienplätze anbieten.

Unterstützung erhält der Mainzer Minister ausgerechnet von Sachsens CDU-Ministerpräsident Georg Milbradt. Bayerns Wissenschaftsminister Thomas Goppel (CSU) lehnt Zöllners Idee, kaum überraschend, rundweg als »wenig zielführend« ab.

Wesentlich leichter fällt den Ministern die Einigung, wenn es um das Anbohren weiterer Finanzquellen des Bundes geht: Das Entwicklungshilfeministerium solle die Kosten für die Studenten aus Entwicklungsländern übernehmen, fordert Zöllner, im Jahr 2003 waren das etwa eine halbe Milliarde Euro. Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) hat sich bislang nicht zu dem Vorschlag geäußert. CHE-Chef Müller-Böling hat den umstrittenen Vorschlag gemacht, im Notfall Studienplätze im Ausland zu kaufen, wenn die vorhandenen Kapazitäten im Inland, vor allem in den neuen Bundesländern, nicht mehr ausreichen sollten. »Norwegen hat damit gute Erfahrungen gemacht«, sagt er.

Diese Woche treffen sich die Wissenschaftsminister erneut mit ihrer Kollegin aus dem Bund. Dann soll es um Details gehen. Schavan hat bereits klargestellt, dass sie das Geld aus dem Hochschulpakt in Tausende neue Lecturer investieren will, Hochschullehrer mit besonders hoher Lehrverpflichtung. Genau an dieser Stelle könnte sie unter Druck geraten, denn die Länder fordern mehr Flexibilität, auch CHE-Chef Müller-Böling und HRK-Chefin Wintermantel setzen auf Vorziehprofessuren. Das Prinzip: Schon Jahre vor der Emeritierung eines Professors wird sein Lehrstuhl neu besetzt, sodass zwei Professoren zur Verfügung stehen – ohne auf Jahrzehnte hinaus zusätzliche Kosten zu verursachen. Die Ministerpräsidenten wollen den Pakt zwar bis 13. Dezember

besiegeln. Die Debatte um Zöllners Vorschlag will Schavan jedoch am liebsten ausklammern, sie könne ja Teil der Verhandlungen um die zweite Stufe der Föderalismusreform werden, so Schavan. Unterdessen tickt die Uhr, schon in den nächsten zwei, drei Jahren soll der neue Studentenansturm einsetzen – wenn die Politik ihn nicht vorher durch erneutes Nichtstun erledigt. Müller-Böling sagt: »Die Föderalismusreform steht vor ihrer ersten Bewährungsprobe.«